

Bilanz und Perspektiven wirtschaftlicher Überlieferung in den Archiven Thüringens*

Die Behandlung des Schriftgutes der Wirtschaft gehörte und gehört noch immer im Osten und Westen Deutschlands zu den mehr oder minder problembehafteten Kapiteln deutscher Archivgeschichte. Im Gegensatz zu dem in der Regel durch Gesetze, Verordnungen und Satzungen normierten Umgang mit dem Schriftgut aus den Registraturen der staatlichen Behörden und Gerichte wurde und wird dem Schriftgut der Wirtschaft meist nicht die Fürsorge angediehen, die zu seiner Substanzerhaltung notwendig ist. Nur äußerst zögerlich hatte in Deutschland vor und nach dem Zweiten Weltkrieg der Gedanke Raum gewonnen, das in wirtschaftlichen Unternehmen entstandene und nach seiner Aufgabenerledigung nicht sonderlich geschätzte Schriftgut in Archiven zu sichern und im Sinne der Unternehmenskultur und Unternehmensgeschichte auszuwerten. Natürlich gab es in der deutschen Industrie des ausgehenden 19. und vor allem des 20. Jahrhunderts schon immer Unternehmen, die das bei ihnen entstandene Schriftgut nicht nur unter rechtlichen und kaufmännischen, sondern auch unter historischen Gesichtspunkten betrachteten und demzufolge einen Teil davon für die Darstellung der Firmengeschichte in eigens dafür errichteten Unternehmensarchiven sicherten. Die ältesten und bekanntesten Beispiele dafür sind die Firmenarchive von Krupp und Siemens, die 1905 bzw. 1907 gegründet worden sind. Aber auch von Seiten der Wissenschaft wurde zu Beginn des 20. Jahrhunderts der Ruf nach speziellen Wirtschaftsarchiven als Quelle für wirtschaftshistorische Forschungen immer deutlicher vernehmbar. Nicht zuletzt unter diesem Eindruck kam es 1906 auf Initiative von wirtschaftlichen Kammern und Verbänden zur Bildung der ersten regionalen Wirtschaftsarchive in Köln, Saarbrücken und Leipzig, von denen sich aber nur das Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsarchiv zu Köln durchgängig bis heute behaupten konnte. Sieht man aber von der Gründung einiger Unternehmensarchive exponierter Konzerne und der Gründung des Westfälischen Wirtschaftsarchivs in Dortmund im Kriegsjahr 1941 ab, hatte die Zeit nach 1906, insbesondere unter den Auswirkungen der beiden Weltkriege, der Entwicklung des Wirtschaftsarchivwesens in Deutschland mehr Stagnation als Fortschritt gebracht.

1. Betriebsarchive in der DDR

Erst Anfang der 50er Jahre des 20. Jahrhunderts, im Gefolge einer wirtschaftlichen und sozialen Konsolidierung der Gesellschaft sowohl im Westen als auch im Osten des nunmehr geteilten Deutschlands, wurde der Bildung weiterer Unternehmensarchive wieder etwas mehr Aufmerksamkeit gewidmet, ohne allerdings eine durchgreifende Wirkung bei der Sicherung des Wirtschaftsschriftgutes zu erzielen. Während in der Bundesrepublik der Prozess der Gründung weiterer Unternehmensarchive auf der Basis der Freiwilligkeit seinen vorläufigen Höhepunkt in der Gründung der „Vereinigung deutscher Werksarchivare“ 1957 fand, wurden in der DDR mit der ministeriellen „Anweisung zur Errichtung von Betriebsarchiven vom 27. April 1950“ die vorläufigen gesetzlichen Grundlagen für die Bildung von Betriebsarchiven in den seit 1948 existierenden volkseigenen Betrieben (VEB) geschaffen. Im Ergebnis der Durchsetzung dieser Anweisung kam es hier zur massenhaften Bildung von Betriebsarchiven, die jedoch zunächst nur in den wenigsten Fällen mit genügendem Raum und mit ausreichendem Personal ausgestattet wurden. In den Folgejahren mussten zudem die meisten dieser Archive, soweit überhaupt besetzt, mit einer mangelnden Akzeptanz und wenig Verständnis für ihre Arbeit leben. Die nicht selten erfolgte Besetzung der Stelle des Betriebsarchivars mit fast im Rentenalter stehenden oder bei der zuständigen SED-Parteileitung in Ungnade gefallenem Betriebsangehörigen tat ihr übriges. In zahlreichen Fällen kam es infolge Inkompetenz zu

einer fast vollständigen Vernichtung von betrieblichem Schriftgut vor 1948, sei es aus Platzgründen oder ideologischen Vorbehalten gegen das privatkapitalistische Eigentum. Auch Thüringen und dann ab 1952 die späteren Bezirke Erfurt, Gera und Suhl waren von dieser Entwicklung nicht ausgenommen. Positive Beispiele, wie das 1948 gegründete Archiv des Carl Zeiss Jena und das 1951 gegründete Archiv der Büromaschinenwerke AG Zella-Mehlis sind eigentlich nicht repräsentativ für die Entwicklung dieser Jahre. Die Vorstellungen der Staatlichen Archivverwaltung der DDR, den überall drohenden Archivgutverlusten einerseits und den Forderungen der Wirtschaftshistoriker nach verbessertem Zugang zu den Archivalien andererseits mit der Bildung eines Zentralen Wirtschaftsarchivs in Leipzig zu begegnen, scheiterten Ende der 50er Jahre letztendlich an den beschränkten materiellen Möglichkeiten. Allerdings gelang es in der DDR in einigen wenigen Industriezweigen, so der Grundstoffindustrie, sogenannte Wirtschaftsfacharchive, wie das Wirtschaftszweigarchiv der Kaliindustrie in Staßfurt, zu installieren, eine Entwicklung, die dann in der Bundesrepublik erst Ende der 60er Jahre unter der Bezeichnung „Branchenarchive“ Früchte trug. Die sich in der Volkswirtschaft der DDR in den 60er und 70er Jahren abzeichnenden Konzentrationsprozesse und die damit einhergehende Vergrößerung der Betriebsarchive bei den Stammbetrieben der neugebildeten VVB und späteren Kombinatn führten zu einer Überforderung des mitunter nur durch Weiterbildungskurse qualifizierten Archivpersonals. Diese Situation verschärfte sich nochmals, als 1972 im Zuge einer überstürzten Umwandlungsaktion die über 6000 noch bis dahin existierenden Betriebe der nichtvolkseigenen Industrie aufgelöst und als Anhängsel den VEB unterstellt wurden. Viele Betriebsarchive waren damals nicht in der Lage, die Ihnen in diesem Zusammenhang zugeordneten Aufgaben zu lösen. Hinsichtlich der Erfassung und Übernahme des Schriftgutes der umgewandelten Betriebe mit staatlicher Beteiligung, Privatbetriebe und industriell produzierenden PGH kam es daher zu unwiederbringlichen Schriftgutverlusten. Aber auch in einigen etablierten Betriebsarchiven der VEB waren zu dieser Zeit, meist aus Platzgründen, unkontrollierte Kassationen von Schriftgut an der Tagesordnung.

2. Wirtschaftsschriftgut in Staatsarchiven und Kommunalarchiven der DDR

In den 70er Jahren wurde deshalb der Ruf immer lauter, anstelle der gescheiterten Konzeption der Bildung eines zentralen oder mehrerer regionaler Wirtschaftsarchive die bestehenden, personell und finanziell verhältnismäßig gut ausgestatteten Staatsarchive der DDR zumindest für die Endarchivierung des Schriftgutes der strukturbestimmenden Betriebe der Volkswirtschaft verantwortlich zu machen. Welche Betriebe das waren, wurde von der Staatlichen Archivverwaltung der DDR in Form einer „Rahmensystematik für die Bewertung der staatliche Registraturbildner, Teil Industrie“, Endergebnis der Arbeit einer Forschungsgruppe um die Potsdamer Archivarin Dr. Lieselotte Enders, festgelegt. Mit der Verordnung über das staatliche Archivwesen der DDR vom 11.3.1976 erhielten diese Bestrebungen letztendlich Gesetzeskraft. Das Archivgut der volkseigenen Kombinate und Betriebe der zentralgeleiteten und bezirksgeleiteten Industrie wurde als Bestandteil des „Staatlichen Archivfonds der DDR“ in die Zuständigkeit der damals elf existierenden Staatsarchive überwiesen. Nur in Ausnahmefällen konnten große Kombinate damit rechnen, dass Ihnen ein sogenannter „Endarchivstatus“ zugebilligt wurde. In Thüringen betraf dies nur den VEB Kombinat Carl Zeiss Jena für das Schriftgut ab 1945. Die Staatsarchive der DDR bemühten sich in der Folgezeit im Rahmen einer aufwendigen Vorfeldarbeit, die Ihnen zugewiesenen Kombinate und Betriebe der Wertkategorie I archivarisches zu betreuen, was trotz aller rechtlichen Vorgaben nicht immer einfach war. In den 80er Jahren begannen die meisten Staatsarchive, auch die in Thüringen ansässigen in Weimar, Rudolstadt und Meiningen, mit der Übernahme der ersten Bestände

aus den betreuten Betriebsarchiven. Weitgehend ungeklärt blieb die Verfahrensweise mit dem Schriftgut der Betriebe, die nicht in die Wertkategorie I eingestuft wurden. Trotz zahlreicher Forderungen wurde ihre Zuständigkeit nicht den Kreis- und Stadtarchiven übertragen, so dass diese Betriebe selbständig entscheiden konnten, ob das Schriftgut ihres Betriebes nach Ablauf der Aufbewahrungsfristen vernichtet werden sollte oder nicht. Die gesellschaftliche Wende in der DDR und die nachfolgende Vereinigung Deutschlands 1989/90 schafften völlig veränderte Grundlagen für die Entwicklung des Wirtschaftsarchivwesens im Osten Deutschlands. Nach der Umwandlung der VEB in Kapitalgesellschaften am 1. Juli 1990 wurde die ausschließliche Zuständigkeit der Staatsarchive für das Wirtschaftsschriftgut erstmals in Frage gestellt. Allerdings ließen die zu diesem Zeitpunkt einsetzenden Firmenzusammenbrüche und Umstrukturierungen, einhergehend mit Massenentlassungen, einschließlich von Betriebsarchivaren, keinen Raum für größere Diskussionen aufkommen. Die Staatsarchive waren in dieser Zeit fieberhaft bemüht, das durch die Ereignisse substantiell bedrohte Schriftgut in den für Sie zuständigen Betrieben und mitunter darüber hinaus im Rahmen von Notübernahmen zu sichern. Nur in einigen Fällen konnten sich kommunale Archive in diesen Sicherungsprozess von Archivgut industrieller Unternehmen mit einschalten. Noch schlechter sah es zu jener Zeit mit der Sicherung von Archivgut landwirtschaftlicher Unternehmen, also LPG Pflanzenproduktion bzw. Tierproduktion, AIV, ACZ, GPG etc. aus.

3. Bildung von der Treuhandarchiven bzw. Depots der DISOS GmbH und die Gründung von weiteren regionalen Wirtschaftsarchiven 1992 - 2005

Schon bald zeichnete sich 1990/1991 ab, dass die Staatsarchive mit der Übernahme des zur Durchführung von vereinigungsbedingten Sonderaufgaben benötigten Schriftgutes, vor allem die Rentenüberleitung betreffend, heillos überfordert waren. So begann 1992 die damalige Treuhandanstalt mit der Einrichtung von Landesdepots in den ostdeutschen Landeshauptstädten. Diese Depots nahmen das Schriftgut der von der Treuhand liquidierten 3.600 Betriebe auf und bewahren es nach den im HGB § 257 festgelegten Fristen auf. Nach jahrelangen Dissonanzen zwischen den Staatsarchiven und den Treuhanddepots bzw. Depots der DISOS, heute Iron Mountain GmbH, bezüglich der Sicherung des aufbewahrungswürdigen Schriftgutes der ehemaligen VEB der Wertkategorie I fand man mit der am 13.11.1996 in Kraft gesetzten Vereinbarung unter der Bezeichnung „*Verfahrenshinweise zur Zusammenarbeit der DISOS - Landesdepots mit den Archivreferenten der Neuen Länder*“ eine für alle Beteiligten einvernehmliche Regelung der Schriftgutsicherung. Auf der anderen Seite wurden bereits seit Mitte der 90er Jahre nicht nur in den alten Bundesländern erneut die Möglichkeiten geprüft, über die bereits bestehenden Staats- und Kommunalarchive hinaus ein oder mehrere regionale Wirtschaftsarchive zur Sicherung des Schriftgutes der wirtschaftlichen Unternehmen einzurichten. So kam es im Jahr 1993 zur Bildung des Sächsischen Wirtschaftsarchiv e.V. in Leipzig und zur Bildung des Hessischen Wirtschaftsarchivs in Darmstadt. Deren Gründungen ergänzten den Kreis regionaler Wirtschaftsarchive, zu dem bereits Stuttgart (1980) und München (1986 bzw. Erweiterung 1994) gestoßen waren. Inzwischen folgten mit der Gründung des Mecklenburgisch - Vorpommerschen Gewerbe- und Wirtschaftsarchivs (2000) und des Niedersächsischen Wirtschaftsarchivs Braunschweig mit Sitz Wolfenbüttel (2005) weitere Neugründungen von regionalen Wirtschaftsarchiven. Nachdem im Jahr 2004 in Anbetracht der hohen Insolvenzrate und der damit einhergehenden Vernichtung von Wirtschaftsschriftgut verschiedene Archivare, Historiker und interessierte Persönlichkeiten im Raum Berlin-Brandenburg Alarm geschlagen haben, gibt es hier seit 2005 einen Förderverein Berlin-Brandenburgisches Wirtschaftsarchiv e.V. Der Verein ist an das Landesarchiv angebunden und hat dort und in der IHK schon einen Grundstock für ein zukünftiges Wirtschaftsarchiv

Berlin-Brandenburg von ca. 1000 lfm Akten deponiert. Auch in Thüringen gewann 1994 der Gedanke zur Bildung eines Wirtschaftsarchivs vermehrten Zuspruch, ohne jedoch greifbare Ergebnisse zeitigen zu können. Ausgehend von einer Initiative der Archivbehörde im damaligen Thüringer Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur wurde 1995/96 unter Zustimmung aller Staatsarchive das sogenannte „Thüringer Modell“ zur Bildung eines Wirtschaftsarchivs entworfen. Dieses sah vor, dass im Gegensatz zu den bisher bekannten Wirtschaftsarchivgründungen, die Staatsarchive Thüringens und, bei Wahrung des Freiwilligkeitsprinzips, auch die Kommunalarchive ihre Wirtschaftbestände an ein zu bildendes Thüringisches Wirtschaftsarchiv in Suhl oder Erfurt als Depositum übergeben. Das wären zum damaligen Zeitpunkt immerhin bereits knapp 7.000 lfm Archivgut gewesen. Letztendlich war auch das damalige Thüringer Wirtschaftsministerium bereit, eine Anschubfinanzierung von ca. 3 Millionen DM für die Gründung eines Wirtschaftsarchivs zu leisten. Der Versuch scheiterte vor allem an der Uneinigkeit der drei thüringischen Industrie- und Handelskammern und vielleicht auch an dem mangelnden gesellschaftlichen Druck, der durch die enormen Vorleistungen der Staatsarchive bei der Sicherung bedrohter Wirtschaftsquellen nach 1989/90 nicht zum Tragen kam.

4. Übernahme von Wirtschaftsschriftgut durch kommerzielle Aktenarchive

Denn unabhängig davon, ob es zum damaligen Zeitpunkt zur Bildung eines Thüringischen Wirtschaftsarchivs gekommen wäre oder nicht, waren die Staats- und Kommunalarchive Thüringens natürlich bemüht, die ihnen anvertrauten Wirtschaftsbestände sicher zu bewahren, zu erschließen und zur Auswertung bereitzustellen. Versuche der Staatsarchive, das im Zusammenhang mit Gesamtvollstreckungen freigesetzte Schriftgut von ehemaligen Betrieben der Wertkategorie 1 und anderen wirtschaftlich bedeutenden Unternehmen zu sichern, scheiterten allerdings zumeist. Zum einen waren die mit der Gesamtvollstreckung beauftragten Rechtsanwälte nicht bereit, vor Abschluss des sich mitunter jahrelang hinziehenden Verfahrens Schriftgutabgaben zu tätigen und zum anderen warteten bereits zahlreiche neugebildete „kommerzielle Aktenarchive“ darauf, diese Akten gegen entsprechende Gebühren aufzubewahren. Da sich weder Konkursverwalter noch kommerzielle Aktenarchive an Zuständigkeits- oder Ländergrenzen hielten, kam und kommt es seit den 90er Jahren mitunter zu einem verwirrenden „Aktentourismus“ quer durch ganz Deutschland. Schaut man heute etwas genauer im Internet nach, so kann man mit etwas Sucharbeit ca. 20 -25 solcher kommerziellen Aktenaufbewahrungsanbieter entdecken. Nun kann man sich fragen, was diese Dienstleister mit dem historischen Wirtschaftarchivwesen zu tun haben? Auf den ersten Blick vielleicht nicht allzu viel, denn ein Großteil der Klientel dieser Unternehmen kommt aus dem Bereich Handel, Soziales und Gewerbe. Aber unter dem eingelagerten Schriftgut dieser „Kommerzarchive“, welche nicht selten den Umfang von 20 km Regalkapazität überschreiten, befindet sich natürlich auch potentielles Archivgut, das gemäß § 257 des HGB spätestens nach 10 Jahren zur Kassation gelangt, wenn man die Dinge laufen lässt. Die Staats- bzw. Kommunalarchive können hier natürlich nur beschränkt bzw. in großen Ausnahmefällen in den Aussonderungsprozess eingreifen. Als das Thüringische Staatsarchiv Meiningen zum Beispiel bei der Erschließung des Bestandes „VEB IFA-Kombinat Fahrzeug- und Jagdwaffenwerk Suhl“ Ende der 90er Jahre feststellen musste, dass eine Reihe wesentlicher Unterlagen der Forschung und Entwicklung von Fahrzeugen fehlten und parallel dazu der Nachfolgebetrieb, die Simson-Fahrzeug-GmbH Suhl, im Jahr 2002 Insolvenz anmelden musste, lag es nahe, sich nach dem Verbleib derartiger Unterlagen zu erkundigen. Über den zuständigen Münchner Liquidator und Rechtsanwalt Dr. Eckardt Müller-Heydenreich, mit dem das Staatsarchiv 1997 schon in Sachen Sicherung der Konsumgenossenschaftsakten zusammengearbeitet hatte, erhielt man

im Jahr 2004 die Auskunft, dass das Schriftgut mittlerweile unbearbeitet in eines dieser eben erwähnten Kommerzarchive, und zwar die „Zentral-Archiv-Service GmbH in Neubrandenburg“ verbracht wurde. Dieses Unternehmen hat mehrere Standorte in Norddeutschland und immerhin 60 Mitarbeiter. Nur der Bedeutung des Registraturbildners für die Region und darüber hinaus war es geschuldet, dass das Thüringische Staatsarchiv Meiningen nach mehreren Verhandlungen mit Neubrandenburg und München aus dem buchstäblichen Wust des Liquidationsschriftgutes in Gestalt von 100 Umzugskartons das archivwürdige Material der Forschung und Entwicklung, letztendlich im Umfang von ca. 25 lfm, „herauspellen“ durfte. Das sicher größte kommerzielle Aktenarchiv in Thüringen, sieht man einmal vom Sonderfall Iron Mountain in Erfurt ab, befindet sich in Immelborn in der Nähe von Bad Salzungen. Das 1993 auf dem ehemaligen Gelände des VEB Hartmetallwerkes Immelborn, früher ein Krupp-Werk und Produzent der deutschlandweit bekannten Widia-Bohrer, eingerichtete Archiv umfasst nach Aussagen seines Geschäftsführers mittlerweile 21 km Akten. Insgesamt 80 % der Akten entstammen aus Insolvenzen, der Rest ist in der Regel Auftragsarchivierung von noch existierenden Firmen. Die Akteneingänge, die in den 90er Jahren vor allem aus Thüringen, Hessen und Niedersachsen kamen, werden inzwischen aus ganz Deutschland akquiriert. Auch hier befinden sich neben einer Vielzahl von Liquidationsakten von Autohäusern, Feinkostläden, Rechtsanwaltskanzleien, Arztpraxen auch Unterlagen von Firmen aus der Zeit vor 1990 bzw. nach 1990 mit potentiell Archivgutcharakter. Der Geschäftsführer der ad acta ist sich dessen zwar bewusst, er sieht sich aber auf Grund der Schnelligkeit und Härte des Geschäftes nicht in der Lage darauf Rücksicht zu nehmen, zumal die stärkere Digitalisierung und die anwachsende Konkurrenz von Aktenarchiven den Kostendruck verschärfen. Deshalb musste er auch im vergangenen Jahr acht von einst zwölf Mitarbeitern kündigen.

Das wohl bekannteste kommerzielle Aktenarchiv dürfte die Iron Mountain GmbH, besser bekannt unter dem Namen DISOS GmbH, sein. Nachdem in den 90er Jahren der Konzern IBM das DISOS-Unternehmen mit seinen ca. 300 Mitarbeitern übernahm und in erster Linie wegen seiner Softwarelösungen in Ostdeutschland fortführte, verkaufte IBM den Archiveil 2004 mit den ca. 130 Mitarbeitern und ca. 200 km Akten an die amerikanische Akten- und Archivmanagementfirma Iron Mountain, die 1951 in den USA gegründet wurde und in den 90er Jahren in Deutschland Fuß fasste. Die Firma hat in Deutschland in Hofheim bei Frankfurt am Main ihren Hauptsitz und ist, einschließlich der alten DISOS-Standorte in Ostdeutschland nun mit insgesamt Depots in ganz Deutschland präsent. Mit einer Ausnahme werden die Depots straff von Hofheim aus geleitet. Die Ausnahme betrifft die 5 ostdeutschen Depots, die als eine Tochtergesellschaft mit einer kleinen Zentrale in Berlin unter der Leitung von Dr. Renate Schwärzel geführt wird. Alle Fragen, die sich aus der Zusammenarbeit zwischen Staats- und Kommunalarchivaren mit der Iron – Mountain DISOS GmbH im Sinne der oben erwähnten und nach wie vor gültigen Vereinbarung von 1996 ergeben, können nur von Berlin aus gelöst werden. Die Depotleiter in den fünf Archiv- und Dokumentationzentren oder Archivcenter, wie die Depots nun genannt werden, haben keine Verhandlungsbefugnisse. Für Thüringen kommt hinzu, dass der dortige Depotleiter Schubarth, seit 1999 Nachfolger von Frau Bude, seit zwei Jahren aus gesundheitlichen Gründen das Amt aufgegeben hat. Seine Stelle wurde nicht wieder besetzt. Das Depot Erfurt, das sich in der Nähe der IHK Erfurt im Sorbenweg 3/4 auf dem Gelände des ehemaligen VEB Schuhfabrik „Paul Schäfer“ befindet, umfasst ca. 24 km Akten. Die Mitarbeiterzahl wird auf maximal 10 geschätzt. Das muss deshalb so formuliert werden, da sich auch die Iron Mountain GmbH dem zunehmenden Konkurrenzdruck der anderen Wettbewerber ausgesetzt sieht und eine etwas andere Firmenphilosophie als die alte DISOS betreibt. Dazu gehört, dass Iron Mountain keine Übersichten mehr über das in Erfurt und anderswo eingelagerte Schriftgut herausgibt. Wie Lutz Schilling,

Mitglied des zeitweiligen Beirates der fünf Neuen Länder bei der Iron Mountain Group, auch ausführlicher in einer Information für das Heft „Archive in Thüringen“ erläutern wird, will man in den nächsten Jahren Schritt für Schritt die Übergabe des von den Staats- und Kommunalarchiven Thüringens bereits positiv bewerteten Schriftgutes der liquidierten Treuhandunternehmen durchführen. Nach Auskunft der Berliner Iron-Mountain-Zentrale kommen auf die ostdeutschen Staats- und Kommunalarchive in den nächsten 15 Jahren ca. 16 km Akten zu. Man geht davon aus, dass von den letztendlich 160 km bewerteten Akten, 40 km Akten sind in den Depots Lohn- und Gehaltsunterlagen, ca. 10 % Archivgut, also 16 km den Weg in staatliche Archive finden werden. Für Thüringen muss dann mit einer Menge von ca. 3,5 km Akten gerechnet werden, die auf 100 beteiligte Archive aufgeteilt wird. So wird sich der Anteil der Übergaben an die sechs Staatsarchive vermutlich zwischen 100 und 800 lfm bewegen. Derzeit bereitet die Berliner Iron Mountain DISOS GmbH die Archivgutübernahmen von Treuhandunternehmen vor, deren Liquidation einschließlich Löschung im Handelsregister im Jahr 1996 abgeschlossen worden ist. Nicht ganz eindeutig geklärt scheint das Problem der Personalakten zu sein, deren Aufbewahrungsfrist am 31.12.2007 endet. Auf eine Anfrage hin verwies man in Berlin auf die abgeschlossene Bewertung, an der nichts mehr verändert werden könnte. Das Thüringische Staatsarchiv Meiningen hat sich aber vor allem in Anbetracht der Umfänge an Personalakten bei größeren Unternehmen, z.B. beim erwähnten Fahrzeug- und Jagdwaffenkombinat sind es ca. 10.000 Akten, vor Jahren nicht in der Lage gesehen ad hoc eine Positiv-Auslese vorzunehmen und das Problem bis zu einer einvernehmlichen Lösung zwischen den Staatsarchiven verschoben. Es wird an dieser Stelle daran erinnert, dass vor fünf Jahren das so genannte Börnert-Papier betr. Bewertung von Personalakten nicht weiter diskutiert wurde.

5. Stand der Erfassung von Wirtschaftsschriftgut in den Staats- und Kommunalarchiven Thüringens (2006)

Wie sieht der gegenwärtige Stand der Erfassung und Übernahme von wirtschaftlichen Akten in den Archiven Thüringens aus? Wesentliche Daten könnte man dem im April 2006 freigeschalteten Archivportal Thüringen entnehmen, das derartige Rubriken eingerichtet hat. Da jedoch dort keine Addition der Meterzahlen erfolgt, wurde kurzfristig Ende Mai 2006 eine Blitzumfrage bei allen Staats- und Kommunalarchiven Thüringens gestartet. Demnach beträgt der derzeitige Umfang von Akten der Wirtschaft und Banken in den sechs Thüringischen Staatsarchiven 7648 lfm. Davon sind 1239 lfm Bankakten. Bei der Messung wurden nicht die Akten der Post, des Handels, des Verkehrs, der Innungen u.a. berücksichtigt. Der Gesamtumfang dieser Bestandsgruppen müsste in etwa bei 1200 lfm liegen. In den Kommunalarchiven Thüringens liegen derzeit ca. 1320 lfm Akten der Wirtschaft. Den Schwerpunkt der Überlieferung bilden aber eindeutig das Stadtarchiv Eisenach und das Stadtarchiv Mühlhausen mit fast 900 lfm Akten von Wirtschaftsbetrieben. Allein in den Staats- und Kommunalarchiven Thüringens liegen also rund 9.000 lfm Akten der „reinen“ Wirtschaft und der Banken. Nimmt man Innungen, Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft, Verkehrsträger (z.B. umfasst die „Bezirksdirektion Erfurt der Deutschen Reichsbahn“ im Thüringischen Hauptstaatsarchiv Weimar ca. 683 lfm), Staatliche Forstwirtschaftsbetriebe u.ä. hinzu, kommt man problemlos auf ca. 10.350 lfm Akten der Wirtschaft im weiteren Sinne und der Banken. Eine Zahl, die sich auch durch die wenigen kleinen Kommunalarchive, die sich nicht an der Umfrage beteiligt haben, nicht groß verändern dürfte. Einige Bemerkungen zur Überlieferung landwirtschaftlicher Betriebe aus der DDR-Zeit. Darunter verstehe ich in erster Linie LPG mit ihren verschiedenen Strukturen von der KAP bis zur AIV und GPG sowie natürlich die staatlichen VEG. Mitunter überraschend werden die Archive mit Auswertungswünschen dieser Unterla-

gen konfrontiert. Nachdem bereits vor mehreren Jahren ausgerechnet französische Doktoranden nach Unterlagen zur Entwicklung der LPG im Bezirk Suhl nachgefragt hatten, wurde das Thüringische Staatsarchiv Meiningen im Jahr 2002 von einem sehr rüstigen Seniorenstudenten der Universität Amsterdam, Arent Veldhyuzen von Zanten, faktisch wochenlang mit der Bitte um Vorlage von Akten zur LPG-Entwicklung in Atem gehalten. Schon damals fiel auch nach Rücksprache mit den benachbarten Kommunalarchiven auf, dass diese Überlieferungsart kaum Eingang in die Archive Thüringens gefunden hat, obwohl zu DDR-Zeiten die LPG-Betriebe in der Regel in die Wertkategorie I eingestuft worden waren. So gesehen ist das Resultat der Blitzumfrage nach Akten landwirtschaftlicher Betriebe in den Staats- und Kommunalarchiven Thüringens wahrhaft ernüchternd. Lediglich drei LPG-Bestände im Umfang von 4,8 lfm und 2 GPG-Bestände im Umfang von 8,25 lfm befinden sich derzeit in Verwahrung der thüringischen Archive.

6. Bildung eines Thüringischen Wirtschaftsarchivs bis 2010

Nachdem es Mitte der 90er Jahre aus den oben erwähnten Gründen nicht zu einer Bildung eines Thüringischen Wirtschaftsarchivs gekommen ist, ist es dringend notwendig, bei vermutlich schlechteren Rahmenbedingungen eine neue Initiative zur Gründung eines Thüringischen Wirtschaftsarchivs in die Wege zu leiten. Wesentliches Motiv dafür ist die Tatsache, dass spätestens 2006/2007 der gesetzliche Schutz für die Aufbewahrung von Akten aus der Zeit bis 1995 entfällt. Gemäß § 257 des HGB können demnach alle Unterlagen eines ehemaligen DDR-Unternehmens bzw. der privatwirtschaftlichen Unternehmen, die bis 1995 in Insolvenz gegangen sind, vernichtet werden. Geht man davon aus, dass eine baldmöglichst angestrebte Gründung eines Wirtschaftsarchivs noch mindestens zwei bis drei Jahre Anlaufzeit in Anspruch nimmt, muss somit mit einem dramatischen Verlust eines ganzen Jahrzehnts wirtschaftlicher Überlieferung in Thüringen und damit eines Teils des kulturellen Gedächtnisses dieses Landes gerechnet werden. Derzeit sind fast alle Staats- und Kommunalarchive weder personell noch finanziell in der Lage, dieses Problem zu entschärfen. Die entsprechende gesetzliche Lage (Thüringisches Archivgesetz vom 23.04.1992 und Satzungen der Kommunalarchive) gibt dafür auch keinen Spielraum her. Das ist auch in der Regel in ganz Deutschland so. Nur die Archivgesetze in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern haben die Sicherung von Wirtschaftsunterlagen, allerdings nur bis 3.10.1990, festgeschrieben. Die Bildung eines Thüringischen Wirtschaftsarchivs wäre natürlich nicht nur für die Sicherung der wirtschaftlichen Überlieferung von Vorteil. Mit dem Wirtschaftarchiv hätte die Wirtschaftsgeschichtsforschung regional und überregional einen festen Anlaufpunkt. Eine andere Frage ist natürlich, ob das alte Thüringer Modell, Konzentration der gesamten wirtschaftshistorischen Überlieferung vor 1990 an einem Ort im relativ kleinen Thüringen oder das Leipziger Modell, nur Sicherung der wirtschaftlichen Überlieferung nach 1990, in Frage käme. Die hier mehrfach erwähnte Blitzumfrage bei den Staats- und Kommunalarchiven hat da ein sehr unterschiedliches Bild ergeben. Waren sich 1995 alle Thüringischen Staatsarchive noch einig, im Fall der Gründung eines Wirtschaftsarchivs ihre betreffenden Bestände, nach Zustimmung durch das zuständige Ministerium, dorthin als Grundstock bzw. Depositum zu übergeben, so befürworteten dies nur noch zwei weitgehend vorbehaltlos. Der größte potentielle Einbringer, das Hauptstaatsarchiv Weimar, lehnt diese Variante selbst unter dem Gesichtspunkt der Platzgewinnung rigoros ab. Bei den Kommunalarchiven ist dieses Bild ähnlich. Von den 31 Kommunalarchiven, die sich zu dieser Frage geäußert haben, lehnen 13 % ein Wirtschaftarchiv grundsätzlich ab. 26 % der Archive können sich eine Übergabe ihrer Wirtschaftsbestände an ein Wirtschaftsarchiv vorstellen. 31 % würden die Bildung eines Wirtschaftsarchivs begrüßen,

lehnen aber eine Zuführung ihrer Bestände in ein Wirtschaftsarchiv wegen des Verlustes der regionalen Präsentation vor Ort ab. Weitere 30% haben keine Meinung zu einem Wirtschaftsarchiv in Thüringen. Immerhin gibt es eine Mehrheit für ein Wirtschaftsarchiv, welches seinen Standort in Erfurt haben sollte. Warum Erfurt? Der Standort ist vor allem auf Grund der Verkehrsanbindung unstrittig, da man hier später auch von einer starken nationalen und internationalen Benutzung ausgehen muss. Außerdem wäre es eine Überlegung wert, das im Verlaufe der nächsten Jahre stark schrumpfende Depot der Iron-Mountain als Mietobjekt für ein zukünftiges Wirtschaftsarchiv ins Auge zu fassen

Was sollte nun geschehen? Einvernehmen dürfte darin bestehen, dass ohne die Trägerschaft bzw. Unterstützung der drei IHK Erfurt, Ostthüringen Gera und Südthüringen und des Freistaates nichts Entscheidendes bewirkt werden kann. Eine im Vorfeld dieses Beitrages erwirkte Kontaktaufnahme mit den IHK ist positiver verlaufen als erhofft. Die IHK Südthüringen hat sich über den Hauptgeschäftsführer, Dr. Ralf Pieterwas, zumindest schriftlich konstruktiv geäußert. Die IHK Erfurt hat in einem persönlichen Gespräch Anfang Juni 2006 in Erfurt verstärktes Interesse signalisiert, den Gedanken eines Wirtschaftsarchivs ernsthaft zu verfolgen. Dazu, so Quintessenz des Gesprächs, müssten alle Beteiligten, IHK, Handwerkskammern, Kultusministerium und Wirtschaftsministerium möglichst noch 2006 an einen Tisch kommen und weitere Schritte, vor allem eine Machbarkeitsstudie, vorlegen. Die IHK Erfurt würde sich zu dieser Beratung als Gastgeber zur Verfügung stellen. Das sind positive Signale, die nicht überhört werden sollten.

Dr. Norbert Moczarski, Meiningen

* Leicht gekürzte Fassung des Redebeitrages des Autors auf dem 55. Thüringischen Archivtag in Sömmerda am 14. Juni 2006